

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heintmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Besichte, keine Beiträge etc. sind gütigst an den betr. Bezirksamtsvorstand einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66. Fernspr. Nr. 1358.

Nr. 22. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 30. Mai 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

In Gemäßheit der §§ 22 ff. des Verbandstatuts (§§ 17 ff. des alten Statuts) wird die diesjährige ordentliche

### Verbands-Generalsammlung

auf den 13. September d. J. und folgende Tage einberufen. Der Tagungsort (in Aussicht genommen ist eine süddeutsche Stadt) wird demnächst bekannt gegeben.

Ebenso wird die Wahlbezirkseinteilung (§ 23 bzw. § 18) baldigst veröffentlicht.

Den Ortsgruppenvorständen wird empfohlen, baldmöglichst Generalsammlungen der Ortsgruppen zwecks Beratung der Kandidatenfrage und etwaiger Anträge einzuberufen. Die Anträge müssen bis spätestens 2. August cr. bei dem Unterzeichneten eingegangen sein.

Die Bezirkskonferenzen (§ 40 bzw. § 35) finden in diesem Jahre nicht im Monat August, sondern erst nach der Verbands-Generalsammlung statt.

Düsseldorf, den 15. Mai 1908.

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.

J. A. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

## Neue Zeiten — neue Aufgaben.

„Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit, Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“

Der Schwerpunkt der sozialen Bewegung unserer Tage liegt in dem Emanzipationskampf des vierten Standes, der ein Produkt der neuzeitlichen wirtschaftlichen Entwicklung ist. Durch Aufkommen des modernen Großgewerbes ist das gesamte politische und soziale Leben umgebildet worden oder noch in der Umbildung begriffen. Es kommt bei dieser Umbildung in der Hauptsache darauf an, dem Arbeiterstand seinen ihm zukommenden Platz in der Gesellschaft und den ihm zukommenden Anteil an den Gütern der geistigen und wirtschaftlichen Kultur zu sichern. Gelingt letzteres, dann wird in Wahrheit aus den Ruinen neues Leben erblühen.

Ueber die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens mit all den tiefgreifenden Folgen machte der Generalsekretär des Volksvereins für das kath. Deutschland, Dr. Pieper, z. B. in einer christlich-nationalen Arbeiterversammlung interessante Ausführungen: Wir leben nicht in einem Zeitalter ruhiger Beherrschung des wirtschaftlichen und Gesellschaftslebens, sondern in einer Periode der gewaltigsten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und religiösen Umwälzungen, die im Augenblick das gesamte deutsche Volk in Gärung gebracht haben. Neues, das sich nicht mehr zurückhalten läßt, sucht Altes, was durch jahrhundertelangen Bestand geheiligt erschien, vom Boden zu verdrängen. Neue Gedanken sind, wie der Saft in die Äste, in die Köpfe, vor allem der jüngeren Welt, emporgestiegen und ringen mit der alten, überlebten Gedankenwelt. Unsanft wird das Wirtschaftsleben der einzelnen Erwerbsstände aus den alten, engen, leicht zu überschauenden, begrenzten Bahnen hinausgedrängt. Der Wirtschaftsmarkt, im Mittelalter und noch lange darüber hinaus bis auf unsere Zeit durch die engen Schranken eines Stadt- oder Landbezirks umschrieben und gegen das Eingreifen des fremden Wettbewerbes umgibt, wird zum Weltmarkt erweitert. Der Fabrikant im stillen Bergdorf muß mit den Materialpreisen, Arbeitslöhnen und sonstigen Betriebsbedingungen anderer Gegenden, die er oft nur den Namen nach kennt, rechnen. Der Handwerker, in früheren Jahrhunderten sozusagen Monopolinhaber des Gewerbes, der seit dem Mittelalter gewohnt war, durch das beherrschende Regiment und die Zunftstatuten feste Kundschaf und gute Preise gesichert zu sehen, hat das Recht an den Großbetrieb abgeben müssen. Neben diesem Nebenbuhler, der bevorzugt ist durch Kapitalkraft, Ausnutzung der fortgeschrittensten und ertragreichsten neuzeitlichen Technik, durch Vorteil beim Einkauf der Rohstoffe und beim Absatz der Erzeugnisse, muß er sich zu behaupten suchen. Der gleichen Entwicklung steht der mittlere und kleinere Kaufmann gegenüber, in dessen Kundengebiet Warenhäuser, große Spezialgeschäfte, oft mit zahlreichen Filialen, erobernd eindringen.

Umgewandelt ist das Arbeitsverhältnis. Dieser Wandel war notwendig in der immer gewaltiger amwachsenden Industrie. Der Arbeitsvertrag wurde freier Vertrag. Verkürzung überlanger Arbeitszeit und stetige Erhöhung der Löhne waren ermöglicht durch die glänzende Ergiebigkeit des industriellen und kaufmännischen Großbetriebes. So erhöhte sich die Lebenshaltung. Mit ihr wuchs aber auch der Drang der Arbeiter und Angestellten, auch gesellschaftlich emporzusteigen, höhere Stellung im Arbeiterverhältnis in der bürgerlichen Gemeinschaft von Staat und Gemeinde zu erreichen. Das gewöhnliche Arbeitsverhältnis soll konstitutionell

neugeordnet werden, eine Verfassung annehmen, die die wirtschaftliche Gleichberechtigung von Unternehmer und Arbeiter verwirklicht, die durch das Gesetz schon vor Jahrzehnten gewährleistet ist. Welche scharfe Reibungen sind bis an den heutigen Tag dadurch in der Großindustrie, aber auch im Kleingewerbe entstanden. Am beginnen sich diese Reibungen auch durchzusetzen in den Staatsbetrieben, im landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis, sogar im häuslichen Dienstverhältnis.

Damit war die Entwicklung nicht beendet. Es begann der Wettlauf um die, grundsätzlich mit Recht geforderte Staatshilfe und die Förderung nach sozialpolitischer Betätigung der Gemeinden und der Kreise. Schwere politische Interessentkämpfe scheinen wiederholt den ruhigen Fortgang der Staats- und Kommunalpolitik zu gefährden und die Bürger aufs schärfste zu entzweien.

Nicht geringe Zusammenstöße brachte die Entwicklung der Organisationen zur Selbsthilfe in Berufsvereinigungen und Erwerbsgenossenschaften. Ja manchmal scheint es zum Kampf aller gegen alle zu führen, wenn nicht Geduld geboten wäre, daß weise Einsicht Maßhalten lehre. Neben die gewerblichen Streiks treten vor allem die scharfen Kämpfe der Kartelle, Syndikate usw. Ganz neue Aufgaben wurden durch jene Umwälzungen gestellt der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege, die dort eingreifen muß, wo Staats- und organisierte Selbsthilfe nicht ausreicht; wo es vor allem gilt, die durch den Rationalreichtum gebotene Möglichkeit einer erhöhten Lebenshaltung nun auch zu verwirklichen, indem das Volk erzogen wird, erhöhtes Einkommen umzusetzen in höhere geistliche, geistige und sittliche Kulturgüter, die erst das ganze Glück aufbauen. Hier erheben unermessliche Aufgaben einer besseren Ordnung der häuslichen Wirtschaft, des engsten Konsumtenkreises der Familie, dieser Urgelbe der Gesellschaft, Erziehung zur Wirtschaftlichkeit auch im Konsum des Erworbenen, höhere Pflege der leiblichen Gesundheit, des Bildungsstandes von Geist und Gemüt: welche große, weil bis in die kleinsten Häuten dringenden Probleme, sind da genannt, die nicht bloß an den Mann sondern auch an die Schulung und Erziehung der Frau appellieren.

So liegen die Dinge. Aus dieser Erkenntnis heraus wird dann die Einsicht entspringen, daß, wenn die Unterlagen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens sich verschoben haben, der aus früherer Zeit überkommene Oberbau der Gesellschaftsordnung unzulänglich geworden ist oder gar an weiten Strecken zusammenstürzen muß, wenn wir ihn nicht den geänderten Verhältnissen gemäß umbauen. Also eine Neuordnung der Gesellschaftsordnung ist die Forderung der Zeit an uns, wenn nicht anderen Bauleuten, deren Gedankenwelt uns fremd oder feindselig ist, der neue Bau überlassen bleiben soll.

Wir müssen das soziale Leben erneuern, so daß wir lernen, die neuen Verhältnisse zu beherrschen und zu beherrschen, um sie in den Dienst einer gesteigerten Wohlfahrt des Volkes zu stellen. Ohne das kommt die Möglichkeit, durch Darbietung neuer Hilfsmittel und Kräfte die Menschheit auf eine höhere Kulturstufe zu heben, nicht zur Verwirklichung. Begreifen deshalb unsere Handwerker, Kaufleute und Landwirte nicht die neuzeitliche Entwicklung und die Forderungen der Menschheit, so kann nicht Staat und Gesellschaft sie retten in ihrem Ringen um die Erhaltung der neuen mächtigen Wirtschaftskräfte und Wirtschaftsformen. Mögen sie technisch noch so sehr ausgerüstet sein, begreifen sie aber nicht die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge und die daraus notwendig gegebenen Forderungen, so werden sie wie hilflose Kinder vor einer unvorstellbaren, wiederbringenden Naturgewalt dastehen. Dann würde eine große, für Jahrhunderte entscheidungbringende Uebergangszeit an ihnen ein verstandloses, leistungsunfähiges Geschlecht finden. Begreifen die Unternehmer und Arbeiter nicht, was ihnen den Weg zur Verständigung und zum gewerblichen Frieden weist, dann reiben sie in fruchtlosen Kämpfen jene Kräfte auf, die bestimmt sind, die höchstmögliche Entfaltung der Unternehmung zum beiderseitigen Besten zu bringen.

Neues soziales Denken, kurz, soziale Schulung des ganzen Volkes ist die erste und letzte Forderung unserer Zeit, die Grundbedingung einer Lösung der zahlreichen sozialen Fragen.

Was kann heute die soziale Lage des Volkes nicht heben, wenn es nicht selbst zuerst dazu verständnisvoll eigene Hand anlegt. Aber wie, mangelt es noch an diesem Verständnis und gutem Willen! Viele lehnen soziale Schulung und Betätigung ab, weil ihnen das Neue unsympathisch ist. Wieder andere Gruppen, Mitglieder der alten Erwerbsstände, werden sehen, weil das neuzeitliche Wirtschaftsleben einen unbehaglichen Wettbewerb mit sich bringt oder die Forderung an sie stellt, ihr bisheriges Herrschaftsgebiet, zum Beispiel im Arbeitsverhältnis mit einer neuauftretenden Klasse, friedlich zu teilen. Im letzten Grunde sind alle diese Hemmnisse und Widerstände zu erklären aus der Scheu vor der Mühe des neuen Denkens und vor der Sorge des langwierigen Suchens nach einer Neuordnung der sozialen Verhältnisse. Es fehlt an geistiger Regsamkeit und am Vorwärtstreben. Denn wer vorwärts strebt und nicht lieber befragt auf altem Erbgute ruht, der begrüßt jede neue Möglichkeit des Fortschreitens. Betrachten Sie nur unsere jungen,

auffretende, christlich-nationale Arbeiterbewegung, wie sie an eine bessere Zukunft glaubt, wie sie freudig kämpft und Opfer trägt, wie sie nach sozialem Wissen dürstet, wie sie weite Kreise anderer Stände an politischer Regsamkeit, an Eifer, an Bildungshunger übertrifft.

Auch die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung — so bemerken wir zum Abschluß — kann nur gewonnen werden durch unermüdete Selbstbildung, innere Klarheit und Reife und widerstandsfähige, soziale Schulung.

## Die Gewerbeaufsicht in Preußen.

Berichtsjahr 1907.

Alljährlich erscheinen die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten. Je nachdem wie der Beamte seine Stellung aufsaßt und ausfüllt, gewähren die Berichte mehr oder weniger einen Einblick in die Lebensweise des modernen Lohnarbeiters. Gleichzeitig geben sie mehr oder minder gute Fingerzeige, nach welcher Richtung hin unsere Arbeiterbeschäftigung eines Ausbaus bedarf und auf welchen Gebieten sich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter mit ihren Bestrebungen zu bewegen haben. Unter diesen Gesichtspunkten ist ein Studium der Gewerbeinspektionsberichte für den Gewerkschaftler doppelt notwendig und interessant. Leider bieten nach der gezeichneten Richtung hin manche Berichte nur sehr wenig. Sie beschränken sich zuviel auf das Rezerieren über die Tätigkeit der Beamten als Kontrollleure. Der Gewerbeinspektor soll aber nicht bloß die Durchführung der Arbeiterchutzgesetze überwachen, er soll auch Beobachtungen machen, wie sich die verschiedenen sozialen Einrichtungen, seien sie nun von der Gesetzgebung, dem Unternehmer, oder der Arbeiterchaft selbst getroffen, bewährt haben, und nach welcher Richtung hin sie einer Vervollkommnung bedürfen. In dieser Tätigkeit liegt nicht zuletzt der große soziale Wert der Gewerbeinspektion. Diese Art der Tätigkeit des Inspektors setzt natürlich voraus, daß er mit offenem Blick und ohne jede Voreingenommenheit die sozialen Einrichtungen der Zeit verfolgt. Der badische Gewerbeinspektor Wörtschhofer hat in dieser Beziehung Großes geleistet.

Während die Berichte vom vorhergehenden Jahre von einem Hochstande des Geschäftsganges zu melden wußten, der auch auf das Arbeitsverhältnis eine günstige Wirkung ausübte, berichten die Beamten dieses Mal alle von dem

### Niedergehen der Konjunktur.

welche im Berichtsjahre in mancherlei Erscheinungen zutage trat. Besonders im ersten Halbjahr, mehr noch im letzten Quartal 1907, machte sich das Sinken des Geschäftsganges in allen Zweigen der Industrie bemerkbar. Die Ursachen der Krise sind in unserem Organ verschiedentlich besprochen worden, so daß sich ein Eingehen auf dieselben überflüssig macht. Welche Folgen eine Krise für die Arbeiter nach sich zieht, ist bekannt und haben viele unserer Mitglieder mehr oder minder an eigener Leibe erfahren müssen. Das „stramme Regiment“ des Arbeitgeber und seiner Angestellten macht in der Zeit schlappen Geschäftsganges dem Arbeiter sein Los doppelt fühlbar. Arbeitslosigkeit, vermindertes Einkommen durch Lohnreduzierung oder Kürzung der täglichen Arbeitsdauer begleitet den Arbeiter in den Frühling der Natur. Es wurde für den Arbeiter Herbst, oder gar Winter, strenger Winter. In keiner Zeit tritt die Unsicherheit der Arbeiterexistenz und die wirtschaftliche Ohnmacht des Einzelnen so deutlich zutage, als in der „schlappen Zeit“; und auch in keiner Zeit mehr die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Solidarität. In einzelnen Inspektionsberichten wird bemerkt, daß die Löhne des Arbeiters im allgemeinen zwar gestiegen seien, die ganz bedeutende Teuerung sich jedoch im Arbeiterhaushalt sehr ungünstig bemerkbar gemacht habe.

### Ausdehnung der Industrie

in Preußen kommt in den Berichten deutlich zum Ausdruck. Das Wort „Rasthalten“ kennen die unternehmungslustigen Herren nicht. So lange es noch klappert, will jeder aus den Fleischlöchern der guten Zeit mithaben. Neue Werke werden gegründet, alte vergrößert. Und mancher Arbeiter fragt sich mit Recht, wo all das Zeug doch eigentlich bleiben möge. Und die Frage ist völlig berechtigt. Es wird nur drauf los produziert, bis der Markt nicht mehr aufnahmefähig ist. Dann kommt der gewaltige Mater. Der zügellosen Produktion kann auch durch eine starke Gewerkschaft ein Damm entgegengeleitet werden.

Der Ausdehnungsdrang der preussischen Industrie im Jahre 1907 kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck:

Die Zahl der der Gewerbeinspektion unterstellten Betriebe stieg im Berichtsjahre von 135 389 auf 141 999, mithin eine Zunahme von 6610 Betrieben. Die Zahl der gewerblichen Arbeiter stieg um 83 325 Personen, von 2 986 173 auf 3 069 498.

Nach Alter und Geschlecht zerlegt zeigt die Arbeiter-Zahl folgendes Bild:

Erwachsene	Männliche Arbeiter	Zusammen
2 277 642	150 126	1 901
		2 429 669
Ueber 21 J. 16—21 J. 14—16 J. Kind u. 14 J. Zusammen		
328 245	236 835	75 570
		1 150
		689 829
		3 069 498

Im Vergleich zu 1906 hat die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter um 49 029, die der Arbeiterinnen um 24 790, die der jugendlichen um 8792 und die der Kinder um 714 zugenommen.

An den Zahlen ist die Textilindustrie beteiligt

wie folgt: Die Anlagen stiegen von 6698 auf 6728, ist eine Zunahme von 28 Betrieben. Die Arbeiterzahl vermehrte sich also:

Männl. Arbeiter	Arbeiterinnen	Jugendl. Arb.	Kindern
von 173 555	von 161 813	von 33 805	von 670
auf 174 919	auf 164 888	auf 34 475	auf 841
ist mehr 1 364	ist mehr 3 075	ist mehr 670	ist m. 228

Die Gesamtzahl der in der preussischen Textilindustrie beschäftigten Arbeiter stieg demnach um 8834 und hat die Höhe von 375 123 erreicht.

Diese Zahlen sind besonders

### Lehrreich für die Arbeiterinnen.

Die Steigerung in der Anzahl der in der preussischen Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen ist fast dreimal so groß als wie die der männlichen Arbeiter. Die Differenz in der Zahl der Arbeiter und der Arbeiterinnen ist nur eine bescheiden geringe, rund 10 000; geht die Steigerung so fort, werden letztere erstere bald überholt haben. Nicht ihrer schönen Augen wegen zieht der Arbeitgeber die Arbeiterin vor, sondern lediglich aus geschäftlichen Gründen. Die Arbeiterin stellt nicht die „hohen“ Ansprüche an Lohn und sonstigen Arbeitsbedingungen. Der Unternehmer zieht eine billige und willige Arbeitskraft vor. Diese Tatsache wird auch dadurch bewiesen, daß in der jetzigen Krise männliche Arbeiter entlassen und weibliche dafür eingestellt werden. In immer größerem Maße ist die Arbeiterin zur Konkurrenz des Mannes und zur Drückerin des Lohnniveaus geworden. Kann deutlicher als hierdurch bewiesen werden, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiterin ist? Soll den Praktiken der Unternehmer ein „Widerstand“ entgegengestellt werden, dann muß das Bewußtsein der Interessengemeinschaft mit dem Manne die Arbeiterin zur Uebung der gewerkschaftlichen Solidarität führen. Das ist sie sich selbst und dem männlichen Arbeiter schuldig.

Mit der größeren Ausdehnung der Beschäftigung von Arbeiterinnen wird auch eine Erweiterung der Arbeiterinnenschutzbestimmungen

notwendig. Auf diesem Gebiete muß noch sehr vieles nachgeholt werden. Ein größerer Einfluß einer organisierten Arbeiterinnenschaft ist nach dieser Richtung hin notwendig. Die Arbeiterinnen selbst müssen geschloffen hinter den Forderungen unserer Sozialpolitik stehen. Sie müssen selbst ihre Stimmen erheben und Vorschläge machen, nach welcher Richtung hin unsere Gesetzgebung ausgebaut werden muß. Sollen Regierung und arbeitfreundliche Parteien den sozialen Einflüssen vieler Schaffmacher widerstehen können und eine gründliche Arbeit auf dem Gebiete gesetzlicher Sozialreform leisten, dann bedarf es mehr wie bisher der tatkräftigen Unterstützung der Kolleginnen. Vorschläge machen, drängen und leiten kann in erster Linie in der Gewerkschaft geschehen. Die Arbeiterin muß Führerin auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes werden. Für Deutschlands Zukunft ist diese Arbeit.

Aber noch aus anderen, aus ethischen Gründen sollen wir Aufklärung über die gewerkschaftlichen Bestrebungen unter die Arbeiterinnen tragen. Immer mehr wird die Frau ihrem natürlichen Beruf entzogen, in den Strudel des Erwerbslebens gezogen. Das schöne Ideal der deutschen Frau, das große Dichter unzählige Male besungen, droht immer mehr zu verblasen. Die braven edlen Eigenschaften der deutschen Frau, die wahrhaft weibliche Natur und Sitte, leiden unter den schädlichen Einwirkungen unseres modernen Fabriklebens. Die schönen Tugenden der deutschen Jungfrau zu schützen und zu erhalten, ist neben den kirchlichen Einrichtungen Aufgabe der Gewerkschaften. Diese schützende und erzieherische Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen kann nicht genug bemerkt werden. Deutsche Frauen müssen in der Welt behalten ihren alten, schönen Klang.

## Wohltat oder Unrecht?

Seitdem die Arbeiterschaft in ihren Berufsverbänden eine starke Rückendeckung gefunden hat, hat sie es immer mehr wagen dürfen, die „Wohlfahrts-einrichtungen“ mancher Arbeitgeber in ihrer wahren Gestalt zu zeigen. Die Versicherungsstellen der Firma Krupp, die Jahre lang sich mit einem Stillschweigen umgeben durften, haben in letzter Zeit hauptsächlich durch das energische Dazwischenfahren des christlichen Metallarbeiterverbandes ihr Renomme berechtigter Weise völlig einbüßen müssen. Das bekannte Gutachten des Werner Professors Lotmar war eine vernichtende Kritik einer „Wohlfahrt“ Kruppischer Art. Eine gesetzliche Regelung des Pensionskassenwesens ist dringend notwendig. In der Reichstagsabstimmung vom 1. Mai cr. kam Kollege Wiesberts auf diese Angelegenheit zu sprechen und forderte eine Regelung der Verhältnisse der Werkspensionskassen im Rahmen des zur Beratung stehenden Gesetzes über den Versicherungsübertrag. Der Staatssekretär der Justiz, Niederding, antwortete unserm Kollegen, daß infolge der weitverbreiteten und steigenden

Anzufriedenheit unter der Arbeiterklasse über die Handhabung der Betriebskassen bereits Verhandlungen zwischen der Reichsverwaltung und den Organen der Einzelgewerkschaften im Gange sein, deren Ergebnis hinsichtlich ein besonderes Reichsgesetz sein würde, das das Aufsichtsamt in die Lage versetzt, eine Kürzung der Rechte der Arbeiter in den Betriebskassen unternommen zu machen. Diese Antwort kann zwar nicht befriedigen, aber daß die Sache einmal angefaßt wird, ist doch ein erfreulicher Fortschritt. Wenn die Verhandlungen nur nicht zu lange dauern.

Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Wohlfahrtsvereinen ist in unserem Organ verschiedentlich klargelegt worden. Einer wirklichen Wohlfahrt kann man nicht feindselig gegenüber sein. Aber ebensowenig braucht man ein Freund derselben zu sein. Auch die beste Wohlfahrtsvereinigung ist nicht in der Lage, einen frei, unabhängig denkenden und handelnden Arbeiter zu erziehen. Alle Achtung vor der ehrlichen und guten Absicht vieler Arbeitgeber — und wir kennen solche, die es wirklich gut mit ihren Einrichtungen meinen — aber der Bildung von Persönlichkeiten, die auf ihre eigene Kraft vertrauen, ist die Wohlfahrtsvereine der Arbeiter nicht gewöhnt. Und in vielen Wohlfahrtsvereinen, auch wenn sie nicht gerade zur Einengung der Bewegungsfreiheit des Arbeiters begründet wurden, steckt eine Spur vom Geiste Stummis.

Die billigsten Ansprüche, die man an Wohlfahrtsvereine stellen kann, sind: 1. Keine Verquickung mit dem Arbeitsverhältnis. Das z. B. bei Fabrikwohnungen mit einem Mißbrauch des Arbeitsverhältnisses ein Ausziehen aus der Wohnung notwendig ist, in der Regel noch in der kürzesten Frist. Kann doch nicht den Anspruch auf Wohltätigkeit machen. 2. Mit Versicherungsanstalten darf kein Zwangsverhältnis verbunden sein. Dem Arbeiter muß völlig freie Entscheidung gewährt werden. 3. Bei Klassen darf der Unternehmer nicht der alleinige Verwalter sein. 4. Ueberhaupt darf mit der Wohlfahrtsvereine in keiner Weise eine Einwirkung zu irgendeiner der freien Bestimmung des Arbeiters beabsichtigt oder verbunden sein.

Soll eine Einrichtung des Arbeitgebers zugunsten seiner Arbeiter das Recht, wirkliche Wohlfahrtsvereine zu gründen, verdienen, dann muß er dabei — nachdem er seinen Arbeitern einen guten Lohn und völlige Bewegungsfreiheit gewährt — vollständig uneigennützig, ohne jeden Hinter- oder Nebenbanten zu Werke gegangen sein. Versucht der Arbeitgeber mit der Wohlfahrtsvereinigung einen geschäftlichen Vorteil irgend welcher Art herauszuschlagen, dann hat der Charakter der Wohltätigkeit arg gelitten. Bei Wohltaten darf die linke Hand nicht wissen, was die rechte tut. Man kann es allerdings nicht unbillig nennen, wenn der Unternehmer auch mit seinen Fabrikwohnungen oder -Kassen die Nebenpflicht verfolgt, dauernde Arbeiter zu bekommen. Wenn er neben dem was dem Arbeiter von Rechts wegen zusteht, freiwillig noch mehr dem Arbeiter bietet, um letzteren seinem Betriebe zu erhalten, so ist dagegen wohl nichts einzuwenden. Aber von einer reinen Wohlfahrtspolitik kann dann doch keine Rede mehr sein. Dann hat der Unternehmer ja auch seinen Vorteil an der Wohlfahrt und zwar einen gewissen Vorteil.

Ein großes Schlaglicht auf den Charakter so mancher Wohlfahrtsvereine wirft ein Vorwort in Schlesien. In Waldenburger Grubenrevier haben die Grubenmillionäre unter immerhin erheblichen Opferungen eine ziemlich stattliche Schar „Gelber“ herangezogen, die sich Vereine „reicherer Bergarbeiter“ und einen „Verein zur Förderung des Wohlstandes der arbeitenden Klassen“ bilden mußten. Kürzlich hat nun der reichste Bergarbeiterverein Waldenburg, an dessen Leitung der „allmächtig“ bekannte Emert steht, um die Errichtung einer Lebensversicherung und Sterbekasse, und der Vorstands, ein Bergwerksdirektor Hiltz, gab die Bitte der Grubendirektion weiter, indem er versichert, welche nützliche Kapitalanlage diese Versicherung im Streikfall sein würde, und daß die „braven“ Arbeiter bisher allen Verbindungen widerstanden hätten, in einen Streik einzutreten. Die Antwort der Direktion sah so aus:

„Vorläufig muß der Erfolg unserer Wohlfahrtsvereine bei den bevorstehenden Wahlen abgewartet werden, ehe an deren Erweiterung gedacht wird.“

Zweifellos kann der Zweck der Wohlfahrtsvereine nicht gekennzeichnet werden. Von besonderem Interesse ist eine Betrachtung, die in der von Professor Dr. E. Franke herausgegebenen „Sozialen Praxis“ von Professor Dr. W. v. Blume in Halle über die Krupp'schen Arbeiterpensionskassen und die „guten Sitten“ veröffentlicht wird. Professor v. Blume wendet sich mit überzeugenden juristischen Gründen gegen das auch von uns wiedererlebte Urteil des Landgerichts in Essen, das einen Rechtsanspruch der Krupp'schen Arbeiter auf die Herabsetzung der erzwungenen Arbeiterbeiträge nicht gelten lassen wollte. Aus den Darlegungen des Hallenser Professors geben wir als entscheidend folgende Sätze wieder:

„Man gibt zwar zuweilen, wer aus einem Arbeitsverhältnis irgend, damit eben die Vorteile aus, die ihm dieses gewährt, und kann sich deshalb nicht beschweren. Er verdient auch gerechtere Teile, die er erst durch längere Dauer dieses Arbeitsverhältnisses erlangt haben würde, als eine Pensionsberechtigung, sofern lediglich die Dauer des Arbeitsverhältnisses Voraussetzung des Pensionsanspruches war. Obgleich es nicht immer ungerade, wenn der Berufliche, der aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet, die gesamten Beiträge verliert. Denn dies kann verhältnismäßig geringfügig sein, oder anders ausgedrückt: der Ausgänger für die gezahlten Beiträge war gegeben in der Annahme, daß die Versicherungsbeiträge bei längerer Dauer der Beschäftigung über die Dauer hinaus zu fließen würden.“

Aber die Sache bekommt ein anderes Gesicht, sobald das Arbeitsverhältnis in eine Beziehung gesetzt wird zum Arbeitsverhältnis. Eine Pension wird verdient durch Arbeitsleistungen, ein Versicherungsanspruch durch Beitragsleistungen — werden beide miteinander verknüpft, so ergibt das Ausscheiden aus dem einen Arbeitsverhältnis den Verlust der Vorteile des anderen und damit einen ungerechtfertigten Nachteil. Man lese nur den Fall, daß eine Versicherungsanstalt ihren Beamten zur Pensionierung macht, daß sie sich bei ihr verabschieden, und daß sie die Pension aber Verlust des

Arbeitsverhältnisses haben sollte! Man wird nicht zweifeln, daß dies eine unzulässige Benachteiligung sein würde. Nicht anders aber ist es, wenn umgekehrt der Versicherungsanspruch dadurch verloren geht, daß das Arbeitsverhältnis ausgebeugt wird. War der Versicherungsanspruch durch Beitragsleistungen verdient, so kann sein Verlust nicht auf Grund des Arbeitsverhältnisses gerechtfertigt werden.

Dies scheint mir zweifellos, wenn der Versicherungsanspruch lediglich durch Beiträge gebildet wird. Das Verhältnis wird aber auch nicht dadurch auf eine andere Grundlage gestellt, daß der Arbeitgeber dem Fonds seinerseits Zuwendungen macht. Die Ungerechtfertigkeit wird dadurch in ihrer Wirkung gemildert, aber nicht beseitigt.

Soll der Arbeiter mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis seinen Pensionsanspruch verlieren, so kann dies gerechtere Weise nur geschehen bei Wiederherstellung des vor Eingehung des Arbeitsverhältnisses vorhandenen Rechtszustandes, das heißt: unter Rückgewähr der gezahlten Beiträge. Ist dies Versicherungsrecht nicht möglich, so ist damit nicht etwa der Verlust der Beiträge gerechtfertigt, sondern es ist das Urteil gesprochen über die Verquickung von Arbeitsverhältnis und Versicherung.

### Die „gelbe“ Gefahr für die Arbeiterschaft in der Oberlausitz.

Die sächsische Oberlausitz ist bekannt durch die schlechten Löhne, die dort in der Textilindustrie gezahlt werden. Die Arbeiter haben aber angefangen, sich zu organisieren; die intelligenteren unter ihnen haben ihre Lage erkannt; doch steht ein großer Teil noch der Gewerkschaft fern. Der durch die nahe Grenze geschaffene Umstand, daß eine große Anzahl ausländischer Arbeiter in Betracht kommen, macht die Organisationsarbeit besonders schwer.

Nun scheint die Oberlausitz noch in anderer Hinsicht einen traurigen Ruhm zu erlangen. Die vereinigten Arbeitgeber der Textilindustrie haben sich an die Gründung „gelber“ Gewerkschaften herangemacht. Ende April d. J. hielt die Ortsgruppe Oberlausitz des Verbandes sächsischer Industrieller in Zittau eine Mitgliederversammlung ab. Die Hauptverhandlung bestand in einem Vortrag des national-liberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Weber-Löbau über „Nationale Arbeiterunterstützungsvereine“. Auch in der Lausitz sollten solche gegründet werden.

Die Presse fand diesem Beginnen der Arbeitgeber skeptisch gegenüber. Trotzdem gingen die Fabrikanten lakonisch vor. Nicht nur in Zittau, sondern auch in Reichenau, Oßitz, und anderen Orten ließ man die Arbeiter aus dem Komptoir kommen; dort wurde vom Herrn Direktor oder Arbeitgeber den Arbeitern der Plan zur Gründung eines „Nationalen Arbeiterunterstützungsvereins“ vorgelesen. Es war aber keine große Lust von Seiten der Arbeiter für dieses zweifelhafte Beginnen vorhanden. Nur in Zittau, im Bereiche des Herrn Moras, dem Vorsitzenden des Fabrikantenvereins, scheint in ein „Almosenverein“ entstanden zu sein.

Am 18. Mai sollte in einer öffentlichen Versammlung in Zittau zur Gründung des national-liberalen Arbeiterunterstützungsvereins geschritten werden. Aus der Einladung zu dieser Gründungsversammlung erfahren wir auch näheres über das Wesen des Vereins. Es heißt da:

- Der Zweck des Vereins ist:
1. Den national-liberalen gewählten Arbeitern die Möglichkeit des Zusammenstehens und einen Rückhalt gegenüber den sozialdemokratischen Organisationen zu bieten.
  2. Seine Mitglieder bei Erkrankung, bei Sterbefällen, sowie bei Arbeitslosigkeit insofern möglich, durch Unterstützung zu unterstützen und für seine Mitglieder und deren Angehörige Vergütungen auf dem Gebiet des Hilfs- und Sparwesens und der Gesundheitspflege anzubieten.
  3. Die wirtschaftliche und soziale Stellung des Arbeiters auf friedlichen Wege zu verbessern, die Beziehungen zwischen seinen Mitgliedern und deren Arbeitgebern freundlich zu gestalten, das beiderseitige Vertrauen zu befestigen und dem gemeinsamen Wohle zu dienen.
  4. Seine Mitglieder durch Vorträge, durch Vermittlung geeigneter Literatur, durch gegenseitige Aussprache in Vereinsversammlungen, sowie durch Teilnahme an öffentlichen Versammlungen geistige Anregung und lebendige Unterhaltung zu verschaffen.

Aufnahmefähig sollen sein:

1. Als ordentliche Mitglieder alle Arbeiter und Arbeiterinnen des sächsischen Industriebezirks, welche das 18. Lebensjahr vollendet haben.
2. Als außerordentliche Mitglieder gelten solche Bergleute, Jäger und Fischer, welche an dem Wohl der sächsischen Industrie Interesse haben und den Vereinszwecken zu dienen bereit sind.

Der gesamte Vorstand des Vereins soll ausschließlich aus dem Range der Arbeitnehmer gebildet werden.

Beiträge:

Jedes Mitglied soll einen Monatsbeitrag von 35 Pfg. bezahlen.

Mitglieder, welche in Kräfte- oder Krankheitszeiten zum Beitritt einbezogen werden, sollen während ihrer Dienstzeit beitragsfrei sein, ihre Ansprüche aber behalten.

Mitglieder, die dauernd erwerbsunfähig werden, sollen auf ihren Beitrag vom Vorstand ohne Gegenleistung ihrer Angehörigen von der Zahlung der Beiträge entbunden werden können.

An Unterstützungen sollen (ausserdem noch den Vorstandem der Distriktsvereine) gewährt werden:

- a) Bei 210 wöchentlich bei Gewerkschaftslosigkeit;
- b) Bei 125 täglich bei Arbeitslosigkeit insofern die Betriebsunterstützung, wenn diese länger als drei Tage dauert, bei Konsum, Streik oder Arbeitslosigkeit;
- c) Bei 60 bei Entlassung;
- d) mindestens 50,— Ergänzungsbeitrag an die Hinterbliebenen nach vorüberwundenem Vereinsmitglied;
- e) bei anderen Umständen bis auf weiteres je nach dem Ermessen des Vorstandes.

Wir sehen, dieser „national-liberalen Arbeiterunterstützungsverein“ ist denen von Grubenmillionären, Angehörigen u. s. w. nicht unähnlich. Wir haben es mit einer „gelben“ Gewerkschaft zu tun, und man darf auch

noch so laut von Seiten der Protektoren dieser „Gelben“ behaupten. Wie verlautet, sollen die Arbeitergebeten versprochen haben, 1000 M. zu schenken, wenn sich 400 Arbeiter zum Beitritt zusammenschließen. Das wären also 2,50 M. pro Arbeiter. Daraus ergibt sich aber klar und was es sich bei der ganzen Sache handelt. Es ist auch klar, mit 35 Pfg. monatlich können diese Unterstützungen nicht gewährt werden. Für diese Geschenke verlangen aber die Arbeitgeber, daß der Arbeiter auf sein Koalitionsrecht verzichtet. Damit würde aber der Arbeiter Selbstmord begehen an seinen Standesinteressen.

Mit dem Schlagwort gegen die Sozialdemokratie sucht man politische Nebenwege zu erreichen. Es ist auch von vornherein zu verbätigen, wenn Fabrikanten, die bisher für den Arbeiter nichts übrig hatten, plötzlich ihr Wohlwollen so aufdringlich den Arbeitern anbieten.

Unsere Stellung zu diesen „Gelben“ kann nur sein: schärfste Bekämpfung. Unsere christlichen Gewerkschaften sind eine wahre und selbständige Arbeiterorganisation. Wir kämpfen schon lange für nationale und christliche Ideale. Deshalb gilt es, die Arbeiterschaft den christlichen Gewerkschaften zuzuführen.

### Die Textilindustriellen von Zittau in der Agitation für die „Gelben“.

Ueber die Gründungsversammlung des national-liberalen Arbeitervereins in Zittau sei folgendes mitgeteilt:

Endlich sind sie da, die „gelben“ Gewerkschaften. Bei dem schönen Frühlingstagswetter, wo alle Pflanzen ins Kraut schießen, darf auch die Sumpfpflanze der deutschen Arbeiterbewegung in der sächsischen Oberlausitz nicht fehlen. Und so hatten denn mehrere Herren aus Fabrikantenzirkeln unter Aufsicht des national-liberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Weber-Löbau es unternommen, die obengenannte Pflanze zu importieren.

In einer am 18. Mai abgehaltenen Versammlung sollte die Gründung der „gelben Gewerkschaft“, unter dem schönen Namen: „National-liberaler Arbeiterunterstützungsverein“ beschlossen werden. Schon die Tage vorher hatte man sich die Arbeiter ins Fabrikkomptoir kommen lassen, um ihnen zu sagen, wie arbeiterfreundlich die Herren Unternehmer auf einmal geworden seien, wie man nur das Wohl der Arbeiter im Auge habe, und dergl. schöne Dinge mehr. Die Quintessenz war natürlich allemal: „Beitritt zum Verein“. Keiner sollte seiner Gewerkschaft unreu werden, hier es, man würde nichts dagegen haben, wenn der oder jener wieder aus dem Verein austrete. Ja, aber warum erst dann die neue Gründung?

Welches Interesse die Arbeiterschaft Zittaus für ihre Angelegenheit hat, bewies der Besuch dieser Versammlung. Mann an Mann gedrängt, so war das Bild des Saales. Arbeiter aller Richtungen waren vertreten.

Unter starker Umrüstung der Einberufer, Fabrikant Moras, die Versammlung. Leider konnten es sich auch hier wieder die „Genossen“ nicht verkneifen, ihre Auffassung vom Freiheit zum Besten zu geben, indem sie von vornherein den Besuch machten, die Versammlung zu sprengen. Wenn man auch mit dem Tenor der Versammlung nicht einverstanden sein kann, so sollte man sich aber doch dessen bewußt sein, daß durch Gewalt nichtiglich nur das Gegenteil von dem erreicht wird, was man verhindern will.

Nachdem der Einberufer Moras und Zickel der „Neugründung“ kurz skizziert hatte, nahm Dr. Weber das Wort zu seinem Vortrage über: „Wichtige Arbeiterfragen der Gegenwart.“ Er sprach seine Ausführungen beginnend, erwiderte sich eine Geschäftsordnungsdebatte über zu gewöhnliche Redefreiheit in der Diskussion, die denn endlich auch heraufgeführt wurde. Der Referent streifte mit kurzen Zügen das Gebiet der Arbeiterorganisationen und ihre Geschichte, speziell behandelte er die Sozialdemokratie und ihre Theorie; kam dann auf die Schulpolitik zu sprechen, sowie auf die nationalen Aufgaben. Er verurteilte die Streiks, sowie die vielen Ausgaben hierfür; wies auf die englischen und französischen Arbeiter hin, daß dieselben weniger streikten und mehr Berufsnutzen für nationale Aufgaben, als die deutsche Arbeiterschaft. Am Schluß seiner Ausführungen meinte der Referent, man müsse den sozialdemokratischen Gewerkschaften andere entgegenstellen; diese seien zwar zum Teil schon vorhanden, erfüllten aber nicht ihren Zweck. Insofern sei die Einführung des „National-liberalen Arbeiterunterstützungsvereins“ eine Notwendigkeit. Der Referent meinte, man müsse andere Gewerkschaften haben, um sich gegen die Sozialdemokratie zu wehren. Unter anderem wollten keinen Einfluss darin gewinnen, sondern die Arbeiter sollten alles selbst in die Hände nehmen. Die Haupttendenz dieses Vereins sollte sein, ein gemeinsames Arbeiten aller Stände herbeizuführen und zu ermutigen gegenüber der feindseligen Sozialpolitik der Sozialdemokratie. Referent schloß auf ein Hand- und Fußgeben des zu gründenden Vereins mit dem bestehenden nationalen Organisationen und forderte zum Schluß zum Beitritt auf. Seine Ausführungen wurden vielfach stürmisch unterbrochen, der Beifall war gleich voll.

Seine man seinen des Bureaus zuerst Redefreiheit angeht, so brach man jetzt sein Wort schmächtig und diskutierte unter stürmischer Empörung 15 Minuten Redefreiheit mit der Motionierung. Herr Dr. Weber mußte fort, es seien zu viele Wortmeldungen eingegangen. Jeder war jeder Protest berechtigt.

Als erster Diskussionsredner sprach Hiltz-Dresden als Vertreter der „Virtus“-Dunker; derselbe protestierte im Namen der nationalen Arbeitervereine gegen die geplante Gründung. Es folgten dann eine Reihe sozialdemokratischer Redner, die auf schärfste gegen den Referenten polemisierten. Ihre Ausführungen bewegten sich in der Hauptsache auf politischem Gebiet. Sie warnten vor Eintritt in die geplante Gründung. Von Seiten der christlichen Gewerkschaften sprach Arbeitersekretär Pöschel-Zahng und Kollege Jente-Dresden. Er sprach sich für die geplante Gründung aus; wies dann auf Rheinland-Beispiel hin. Er bezeichnete die „gelben Gewerkschaften“ als „Sumpfpflanze“, war deren Einführung er ganz entgegenwärtig. Seine scharf pointierten Ausführungen fanden keinen Beifall. Kollege Jente bezeichnete das „gewerkschaftliche“ Programm der geplanten Neugründung. Er forderte Verzicht auf: nicht Sozialisten, sondern Arbeiter. Weiter wies er darauf hin, daß mit dem in Aussicht genommenen Monatsbeitrag von 35 Pfg. keine Unterstüzung gewährt werden könnte. Das Geld könne von dem Unternehmern auf andere Weise zur Verfügung der arbeitenden Klasse verwendet werden. Das sei wahre Arbeiterfreundlichkeit. Des weiters betonte er, daß die christlichen Gewerkschaften nicht bereit seien zu gemeinsamer nationaler Arbeit mit anderen Ständen, wie es auf dem zweiten deutschen Arbeiterkongress zum Ausdruck gekommen sei. Dagegen seien die christlichen Gewerkschaften überall bereit zur friedlichen Verhandlung, aber auf einen Verzicht des Streikrechtes könnten sie nicht eingehen. Weiter erwiderte die nationale Arbeiterschaft Jente und Umgegend, daß nicht Sand in die Augen streuen zu lassen und nicht ihr Koalitionsrecht um ein Minimum zu vermindern, sondern ihre Unterstüzung hoch zu halten und sich in dem Abhängigkeitsverhältnis zu begeben.

Weiter ging Kollege Jente mit dem Referenten Herrn Dr. Weber ins Gericht. Weber brachte sich durch seine Witze und Unterstüzung für die „Gelben“ in Gegenstich mit seinen Fraktionskollegen Dr. Juntz-Berzig und Fußmann, die sich im Reichstag gegen die „Gelben“ ausgesprochen hätten. Mit der Aufforderung, durch zahlreiches Eintritt in die christlichen Gewerkschaften das Gegengewicht gegen die „Gelben“ zu stärken, schloß Redner seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Nach ihm sprachen dann noch ein Anwalt der „Gelben“, Herr Weiß, stürmisch unterbrochen und als Streikbrecher gekennzeichnet. Seine Ausführungen waren in der Hauptsache persönliche und beruhten darauf, daß wie den „Gelben“ gerne solche Leute dienen dürfen.

Zu Worte kamen noch der evangelische Verbandssekretär Kluge-Dresden, der gegen und Landtagsabgeordneter Herr Zeyer-Pöschel, der für die „Gelben“ sprach. Ebenso sprach noch Fabrikant Moras gegen die Sozialdemokratie und der Gauleiter des sozial. Textilarbeiterverbandes Hans-Jüttner gegen die „Gelben“. Mittlerweile war es 12 Uhr geworden, und die Versammlung mußte wegen der gesetzlichen Bestimmung über Sonntagsruhe geschlossen werden. Ein von uns eingebrachter Vertagungsantrag fand keine Beachtung, der sich weigerte sich der Versammlungsleiter, die von nationaler Seite, wie auch von den Sozialdemokraten eingebrachten Resolutionen zu verlesen und zur Abstimmung zu bringen. Diefelben enthielten Proteste gegen eine Gründung des geplanten Vereins. Unter dem nun ausbrechenden Tumult schloß der Leiter die Versammlung mit der Mitteilung: „Der Verein sei per se und hätte schon 400 Mitglieder.“ Die Antwort war ein stürmisches Gelächter, stürmische Zurufe als „Schwindel“ und dergl.

Man denke: die Versammlung sollte einen Beschluß fassen über eine Gründung. Zur Beschlußfassung kam es nicht, dennoch ist auf einmal der Verein schon gegründet. Mit welchen Mitteln man arbeitet, ist eingangs gezeitigt worden. Jedenfalls wird man alles aufbieten, die Arbeiter zu ködern. Ja, ein Fabrikant hat schon eine Lohnzulage bewilligt für diejenigen, welche dem Verein beitreten.

Arbeiter Zittaus und Umgegend: Augen auf! Verkauft nicht euer höchstes Recht. Bringt euch nicht selbst unter Sklavenketten. Agitiert rafflos durch Aufklärung. Sorgt dafür, daß alle eure Mitarbeiter eintreten in die christl. Gewerkschaften. Schafft vor allem auch Aufklärung unter die Arbeitsternen, damit das schlechende Gift, die Sumpfpflanze, genannt „gelbe Gewerkschaft“ und „national-liberaler Arbeiterverein“ keinen Eingang findet. Seid mutig, treu, fest und stark. Weigt euch nicht in das Joch des „neugegründeten“ Almosenvereins. Alle Unorganisierten: hinein in die christl. Gewerkschaften! Nur diese sind es und können es sein, die die Arbeiterschaft auf eine Kulturhöhe führen, die im Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft liegt.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

##### Bierfen.

Zum Streik bei der Firma Pongs u. Zahn. Die Firma Pongs u. Zahn versucht in der „Bierfener Zeitung“ es so darzustellen, als ob sie um den Streik der Weber und Weberinnen gar nicht verlegen sei. Bis zu 70 Stühle sollen wieder in Betrieb, die Spinnerei und Färberei durch den Streik gar nicht in Mitleidenschaft gezogen sein. Wir haben uns Mühe gegeben, das Wahre aus dieser Darstellung herauszuschälen. Es ist wahr: von rund 650 bis 700 Stühle laufen etwa 70. Jedoch wer bedient dieselben? Hören wir: 9 Meister, welche, wie es scheint, eine Ehre darin finden, Streifarbeit zu verrichten, 5 Angestellte vom Lager, die ein besonderes Vergnügen daran zu haben scheinen, für die Firma Arbeitswilligendienst zu leisten, dann kommen noch etwa 5 fremde arbeitswillige Weber indertrecht, die sich hier in Bierfen durch die „Gunft“ der Firma wahrscheinlich ein „eigenes Heim“ schaffen wollen. Nun, wir gratulieren der Firma zu diesen Leuten und wünschen besten Erfolg. Auch die Frau des Obermeisters Hoffmann versuchte, die Firma „herauszureißen“. Ob ihr dieses gelungen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Arbeiter haben auf dieses Verhalten die richtige Antwort gegeben. Etwa 20 Kollegen und Kolleginnen haben sich auswärts Arbeit gesucht, im Laufe der Zeit werden noch mehr abziehen. Mag die Firma sich hierfür die Ersatzkräfte suchen, wir haben nichts dagegen.

Weiterhin ist die Firma befreit, in M.-Gladbach Waren herzustellen zu lassen. Als alles schlief, sollten die Ketten fortgeschafft werden. Aber die Streikenden hatten gute Verbindungen und schenken auch die Mühe nicht, nachts ihre Posten auszustellen, einige Radfahrer sind stets zur Stelle. Dadurch ist es gelungen, alles auszukundschaften. Es sind nach unserer Information die Firmen Frank und Sohn, Hahn und Hüfner und Gustav Schiffer, sämtlich in M.-Gladbach, die grade die kritische Ware, worin die Firma keine Bestellungen haben soll (nach Aussage des Herrn Zahn), für die Firma Pongs und Zahn herstellen.

Von Seiten der Organisation ist nun für diese Betriebe eine Fabrikversammlung abgehalten worden. Der Kollege H. Reich-Bierfen referierte dort über die Ursachen und den Stand dieser Abwehrbewegung, hierbei die eiserne Notwendigkeit der Organisation hervorhebend. Die in Frage kommenden Belegschaften nahmen folgende Resolution einstimmig an:

„Die heutige, am 17. Mai 1908 tagende gemeinsame Fabrikversammlung ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei der Firma Gustav Schiffer in Gladbach Streifarbeit für die Firma Pongs u. Zahn verrichtet wird. Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der verschiedenen Firmen erklären einmütig, dieses mit allen erlaubten Mitteln verhindern zu suchen. Sie verpflichten sich ferner, dahin zu wirken, daß der Arbeiterschaft von Pongs u. Zahn der Sieg zuteil wird.“

Interessant ist die Tatsache, daß zwei Angestellte, die in dieser Versammlung zugegen waren, mit für die Resolution stimmten, eine Handlungsweise, die immerhin anerkannt zu werden verdient.

Im Laufe der vorigen Woche hat sich der Stand der Bewegung nicht wesentlich geändert. Eine ganze Anzahl Arbeitstuchender sind von den Streikposten abgehoben worden. Aus den Reihen unserer Kollegen ist noch niemand schwenksüchtig geworden. Von Seiten der „Deutschen“ sind zwei Mitglieder, angeführt wegen Bedrohung eines Arbeitswilligen, verhaftet worden. Wie der Kampf zu Ende gehen wird, wollen wir ruhig abwarten. Auf alle Fälle wird auch die Firma Pongs und Zahn einsehen, daß die Zeit des Abwärtens vorbei ist.

Zu Zug nach Bierfen ist nach wie vor festzuhalten.

Warendorf.

Eine Verhandlung abgelehnt. Die Aus-
spernung perfekt. Am 18. Mai war von unserm
Zentralvorstand, Kollegen Schiffer, der Versuch
gemacht, mit der Firma Brinhaus durch eine Ver-
handlung eine Verständigung herbeizuführen. Allein
eine Verhandlung wurde abgelehnt. Am Dienstag
Nachmittag hat dann auch noch der Arbeiterausschuß
versucht, eine Einigung herbeizuführen, um die Aus-
spernung zu verhindern. Aber die Firma wollte
keine Verständigung. Am Dienstag Abend
wurden daher in Warendorf 93 und in Sassenberg
94 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, weil sie
unsere Mittglieder sind.

Vielleicht hat die Firma gehofft, die Arbeiter
würden ihre Koalition preisgeben. Weit gefehlt.
Kein einziges Mitglied wandte. Arbeiter, die
bis zu 40 Jahren ununterbrochen bei der Firma
gearbeitet haben, sind ausgesperrt, weil auch sie
Menschenrechte beanspruchen. Welch eigenartige
Gedanken müssen bei diesen alten, im Dienste der
Firma ergrauten Arbeitern aufgesiegen sein?

Die Mitbürgerschaft verzurteilt fast ausnahmslos
das Vorgehen der Firma, umso mehr, als sie jeden
Versuch zu einer Verständigung abgelehnt hat. Seit
Mittwoch steht die Weberei in Sassenberg ganz still.
In der Weberei in Warendorf weben ein Weber
und fünf Meister.

Die Färberei liegt auch still. An den Mangeln
arbeiten in Warendorf 5 Arbeiter (aber keine ein-
gearbeiteten), 4 Arbeiter werden mit Fäden beschäftigt.
Jedenfalls ein ganz unrentabler Betrieb. Und doch
hätte alles dieses vermieden werden können, wenn
die Firma nur etwas guten Willen gehabt hätte.

Die Arbeitererschaft verhält sich ruhig und vertraut
auf ihr gutes Recht. Hoffentlich wird es möglich
sein, daß nunmehr auch bald die Firma einseht, daß
die guten alten Zeiten endgültig vorbei sind und
wie man sich mit den Arbeitern am besten verständigt.

Aus unserm Bezirke.

Thüringen-Sachsen-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Reichenau hielt am 5. Mai
ihre Monatsversammlung ab. Herr Kantor Bernet
von hier hielt einen Vortrag über die Baumwolle.
Auf Antrag eines Kollegen wurde beschloffen, am
31. Mai einen Familienausflug nach dem Gasthaus
„Zur Fasanerie“ in Wegwalde in Wöhren zu machen.

Sammeln im Vereinslokal 1/2 Uhr, Abmarsch 2 Uhr.
Die Ortsgruppe Sommerfeld hatte am 17.
eine Mitgliederversammlung. Kollege Hermann
Klaude gab den Kassenbericht und erstattete Bericht
von der Konferenz in Forst. An Stelle des
Kollegen August Richter, der wegen vorgerückten
Alters sein Amt als Schriftführer niederlegte, wurde
Kollege Karl Walter, Pförtnerstraße 65a, gewählt.
Kollege Woyt-Forst hielt einen Vortrag über Klein-
arbeit der Vertrauensleute in der Ortsgruppe.

Auch in Sora war tags zuvor eine gut ver-
laufene Versammlung. Der Vortrag von Kollege
Woyt über unsere Aufgaben fand regen Beifall.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wohlt. (Die Vorteile des gemeinsamen
Einkaufes.) Das hiesige Gewerkschaftsamt hat den
Mitgliedern seit Gründung Gelegenheit gegeben, sich eine
billige und gute Kohle zu verschaffen. Zu diesem Zwecke
wurde eine gemeinsame Kohleneinkaufsstelle der christlichen
Verbandsmitglieder gegründet. Jedes Verbandsmitglied konnte
Mitglied der Kasse werden, wenn es einen einmaligen
Beitrag von 3 Mk. entrichtete. Das Geld diente als
Betriebskapital, blieb aber Eigentum der Mitglieder und
sollte bei einer günstigen Entwicklung der Kasse wieder
zurückgestellt werden. Wie bei so vielen Einrichtungen,
so stießen auch diesem Unternehmen die allergrößte Mehr-
zahl der Kollegen fern. Manche Enttäuschungen, die die
Kasse anfangs erlebte, mag Ursache des Zurückhaltens so
vieler Kollegen sein. Ein Teil der Mitglieder hielt jedoch
an dem gegründeten Unternehmen fest, und mit der Zeit
wurden alle die Schwierigkeiten überwunden. Heute steht
die Kasse als eine für die Kollegen günstige Einrichtung
da. Im vorigen Jahre konnten den Mitgliedern von dem
eingesparten Gelde zwei Mark zurückgestellt werden.
Neu beitretende Mitglieder hatten ein Eintrittsgeld von
nur 50 Pfg. zu entrichten. Durch die Ermäßigung des
Eintrittsgeldes sollte es allen Verbandsmitgliedern
leicht gemacht werden, sich die Vorteile der Kohleneinkaufs-
stelle zu verschaffen. Von diesem Zeitpunkt an stieg die
Zahl der Teilnehmer stetig, und die Entwicklung der Kasse
war von da an eine sehr günstige. Am 10. Mai fand
die diesjährige Generalversammlung der Kohleneinkaufs-
stelle statt. Aus dem Jahresberichte ging hervor, daß ein
Ueberschuß von 1138,80 Mk. vorhanden ist. Auch die
Mitgliederzahl hatte immer mehr zugenommen. Von der
Kommission, die die Geschäfte der Kasse zu führen hat,
war ein Antrag gestellt, das gezahlte Eintrittsgeld den
Mitgliedern mit dem 1. Januar 1909 zurückzugeben und
alle, welche Mitglieder eines dem christlichen Gewerkschafts-
amt angeschlossenen Verbandes sind, ohne Eintrittsgeld
aufzunehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig ange-
nommen und tritt sofort in Kraft. Nach diesem Beschluß
ist allen Verbandsmitgliedern das Recht eingeräumt, sich
eine gute und billige Kohle zu verschaffen. Es wäre
wünschenswert, daß die Kollegen der einzelnen Verbände
den Bedarf an Kohlen nur von der Einkaufsstelle
bezügen, zumal wir eine ebenso gute, wenn nicht noch
bessere Kohle verkaufen, wie die Händler hier am Platze.
Außerdem haben die Mitglieder, die ihren Bedarf von der
Kasse beziehen, noch einen direkten Nutzen. Von der Kasse
erhält man Hausbrand oder Kohlen zum Preise von 95 Pfg.
pro Zentner, dagegen muß man bei den hiesigen
Händlern für einen Scheffel Kohlen, welcher nur 85 Pfg.
wiegt, eine Mark bezahlen. Nach einer genaueren Be-
rechnung haben die Mitglieder, die ihren Bedarf an Kohlen
von der Einkaufsstelle beziehen, an direktem Nutzen
etwa 22 Pfg. Rechen wir, daß eine Familie im Jahre
80 Zentner Kohlen notwendig hat, was nach unserer Auf-
fassung nicht zu hoch gegriffen ist, so würde eine Familie,
die ihren Bedarf an Kohlen hat von den Händlern, von
der Kohleneinkaufsstelle nähme, einen Nutzen von 80 x 22
Pfg. = 17,60 Mk. im Jahre haben. Somit wäre
der Verbandsbeitrag durch Einkauf von Kohlen
den Mitgliedern erspart. Darum ist es im
Interesse der Mitglieder, daß sie die Vorteile, die die
Kohleneinkaufsstelle bietet, sich zum Nutzen machen. Das
Mistrauen, welches der Kasse vielfach entgegengebracht
wurde, muß verschwinden. Es liegt seit langer Zeit kein
berechtigter Grund mehr vor, aber die Kohleneinkaufsstelle
ein abschließendes Urteil zu fällen. Heute sind die Kollegen,
die schon seit langer Zeit von der Kasse Kohlen bezogen
haben, voll und ganz zufriedener. Unsere Vertrauens-
männer mögen die Frauen der Mitglieder aber die Vor-
teile, die die Kasse ihnen bietet, in genügender Weise auf-
klären. Für die Kollegen ist die Kohleneinkaufsstelle ein
gutes Agitationsmittel, um die Unorganisierten von der
Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen.

Aus unserer Industrie.

Die gelbe Gefahr für die deutsche Seidenindustrie.
Es gehen gegenwärtig in Ostasien Dinge vor,
ausnehmend politischer Natur, welche aber für unsere

Seidenindustrie äußerst wichtig sind. Die bekannte
Fahrt der amerikanischen Flotte nach Ostasien, welche
anfangs zu ernstlichen Beschränkungen Anlaß gab, ist
ziemlich unvermittelt zu einer Friedensfahrt geworden.
Japan hat zur größten Ueberraschung der Amerikaner
in dem Streik wegen der Auswanderung nachgegeben,
und zwar aus guten Gründen.

Japan leidet unter einer bedenklichen Finanzkrise.
Schon die letzte Finanzübersicht zeigt wenig erfreu-
liche Zahlen; die für das neue Jahr wird noch
schlechter. Die japanische Rohseidenausfuhr nach den
Vereinigten Staaten beträgt, wie die „Zeitschrift für
die gesamte Textilindustrie“, der wir diese Ausführungen
entnehmen, schreibt, gegenwärtig nur ein Drittel von
der um die gleiche Zeit des Vorjahres. Die Ver-
hältnisse in Amerika sind derart, daß für das laufende
Jahr eine wirkliche Erholung der amerikanischen
Wohlflecke nicht zu erwarten ist; dazu die Präsidenten-
wahl, welche erfahrungsgemäß Handel und
Industrie jedesmal schwächtigt.

Japan muß heute alles daran setzen, um mit
Amerika auf guten Fuß zu kommen, damit es nach
Möglichkeit den Rohseidenabsatz wieder vermehrt.
Heute steht schon fest, daß im Laufe dieses Jahres
riesige Mengen japanischer Seiden nach Europa
kommen werden, eben weil Japan alles zu Selbe
machen muß, was irgend in seiner Macht liegt.

Die Japan zugefallene Vormachtstellung im Osten
Asiens legt ihm auch für die Zukunft große Ver-
pflichtungen auf. Wie riesig schon die Ausfuhr z. B.
von Rohseide in einem Jahrzehnt geworden ist, be-
weisen folgende Ziffern. Im Jahre 1895 brachte
Japan für 48 Mill. Yen (1 Yen = 2.10 Mk.) Roh-
seide auf den Weltmarkt; im Jahre 1906 war die
Ausfuhrsumme auf ungefähr 105 Mill. Yen an-
gewachsen! Hier haben wir also den bei weitem
größten Ausfuhrartikel Japans vor uns. Kann man
aber hoffen, daß er viel dazu beitragen wird, den
Wert der japanischen Ausfuhr zu erhöhen, den Ueber-
schuß der Ausfuhr über die Einfuhr fortgesetzt zu
steigern? Die Seidenausfuhr Japans ist viel zu
unsicherer Natur, um eine feste und solide Grundlage
für die Finanzen abzugeben. Wir finden da Schwän-
kungen von Jahr zu Jahr, wie wir sie nicht so leicht
bei einem anderen Artikel treffen. So stürzte z. B.
die Ausfuhr von Rohseide aus Japan von 47,8 Mill.
Yen im Jahre 1895 auf 28,8 Mill. Yen im Jahre
1896; von 62 Mill. Yen im Jahre 1899 auf 44,6
Mill. Yen im Jahre 1900. Sie stieg von 74,4 Mill.
Yen im Jahre 1903 auf 88,7 Mill. Yen im Jahre
1904. Das sind ganz tolle Sprünge für den Haupt-
artikel der japanischen Ausfuhr; auf sie sich mit Ver-
rechnungen über den Ausfuhrüberschuß zu stützen, ist
ein gefährliches Beginnen.

Die Ausfuhr von Rohseide noch weiter nennens-
wert zu steigern, ist nicht möglich, weil das im Ver-
hältnis kleine Japan am Ende seiner Produktions-
möglichkeit in Rohseide angelangt ist.

Ganz anders steht die Sache bei Seiden-
waren. Die Entwicklung der japanischen Ausfuhr
in Seidenwaren übertrifft, was Schnelligkeit angeht,
die Ausfuhr in Rohseide noch um ein bedeutendes.
Im Jahre 1895 stellte die Ausfuhr von Seidenstoffen
einen Wert von 15 338 000 Yen dar; von 22 922 000
Yen im Jahre 1900; von 31 448 000 Yen im Jahre
1903 und von 42 694 000 Yen im Jahre 1904!

Hier bei den Fertigerzeugnissen liegt die Möglich-
keit, die Ausfuhr wirklich zu „fortzujagen“, und hier
werden die Japaner auch mit ganz besonderer Kraft
einsetzen, um eine Steigerung der Ausfuhr zu er-
zielen. Insbesondere dürfte dies für die schon so
hochentwickelte Ausfuhr von Seidenwaren gelten.
Die äußere Schuld und die Notwendigkeit ihrer Ver-
zinsung drängt nun einmal dazu, immer größere
Warenwerte ins Ausland zu schicken. Tut aber da
Japan nicht am besten, wenn es das Erzeugnis nicht
im rohen Zustande, sondern möglichst in bearbeiteter
Ausfuhr, seine Rohseidenausfuhr tauschend in Seiden-
warenausfuhr umwandelt? Ein Kilo Seidenwaren
besitzt doch einen viel höheren Wert als ein Kilo
ausgeführter Rohseide, mit einem Kilo Seidenwaren
kann man mehr ausländische Zinsen bezahlen, als
mit einem Kilo Rohseide.

Es war vorauszufragen, daß der russisch-japanische
Krieg in seinen allerletzten Folgen eine starke Steige-
rung der japanischen Ausfuhr von Seidenwaren zur
Folge hat, und der Markt, auf dem diese Erscheinung
am deutlichsten zutage trat, dürfte der amerikanische
sein. Japan wird immer größere Posten seiner
Seidenerzeugnisse dort unterzubringen suchen, im
Wettbewerb mit dem europäischen, beson-
ders mit der deutschen Seidenindustrie.
Japan hat uns in Amerika, was die Einfuhr von
Seidenwaren anlangt, ohnehin schon Boden geraubt;
besonders nach dem Kriege, unter dem Drange zu
einer immer größeren Ausfuhr, wurde der Welt-
gewerkschaftskampf auf dem amerikanischen Markte noch
viel schärfer.

Es ist der Mühe wert, sich die Entwicklung der
Einfuhr von Seidenwaren in die Vereinigten Staaten
und die Beteiligung Japans daran vor Augen zu
halten, man bekommt dabei eine Ahnung von der
Kraft Japans. Im Jahre 1890 führte Japan für
1 1/4 Mill. Dollar Seidenwaren nach Amerika aus;
Frankreich für 16 1/2 Mill., Deutschland für 10 1/2 Mill.,
England für 6 1/2 Mill., die Schweiz für 3 1/2 Mill.
Doll. Im Jahre 1905 führte Japan für 5 1/2 Mill.
Dollar aus, Frankreich für 13 1/2 Mill., Deutschland
für 4 1/2 Mill., England für 1 1/2 Mill., die Schweiz
für 4 1/2 Mill.

Eine Auffstellung, die zu denken gibt! Vor 15
Jahren war Japan nur mit 3 Proz. an der Einfuhr
der Vereinigten Staaten in Seidenwaren beteiligt;
Frankreich, Deutschland, die Schweiz, England, alle
namhaften, Seide verarbeitenden Länder Europas
schickten mehr nach den Vereinigten Staaten als das
Land der aufgehenden Sonne, das unter den Bezugs-
ländern der Vereinigten Staaten erst an fünfter Stelle
stand. Und jetzt? Im Jahre 1896 hat Japan Eng-
land zurückgedrängt und sich an den vierten Rang
geholt. Im Jahre 1904 hat es um eine Kleinigkeit
auch schon die Schweiz geschlagen und sich als das
dritt wichtigste Bezugsland der Vereinigten Staaten
für Seidenwaren erwiesen. Im Jahre 1905 hob
es nun auch Deutschland aus seiner Stellung heraus
und drängte sich an die zweite Stelle bei der Ein-
fuhr von Seidenwaren in den Vereinigten Staaten!
Japan hat von 1890-1905 seine Verwendungen in
Seidenwaren nach den Vereinigten Staaten um nicht
weniger als 350 Proz. gesteigert; vom fünften ist es
zum zweiten Bezugslande der Vereinigten Staaten
aufgerückt. Das sind Tatsachen, welche frohe Aussicht
auf die Zukunft der europäischen Seidenfabrikanten
und ihres Geschäftes nach den Vereinigten Staaten
von Amerika nicht eröffnen. Peking, Zürich und
Lyon werden in ihrer Art zu der „Jindien“ für die
ausländischen japanischen Antiken-Verkaufsmänner

insofern sie weniger Geschäfte nach den Vereinigten
Staaten machen, doch das Feld den Japanern immer
mehr zu überlassen gezwungen sein werden.

In der Abnahme unserer Ausfuhr nach
Amerika ist neben dem Wachstum der amerikani-
schen Textilindustrie vor allem das Vordringen
Japans schuld. Mit sehr geringen Löhnen rechnend,
den Rohstoff im Lande erzeugend, ist die dortige
Seidenindustrie weit besser als Europa imstande, den
hohen amerikanischen Seidenzöllen zu begegnen.
Während die europäische Seidenindustrie bei der
Ausfuhr nach Amerika mehr oder minder die Flügel
hängen läßt, kommen die Japaner immer mehr vor-
wärts. Das Land ist gezwungen, seine Rohseiden-
ausfuhr immer mehr in eine wertvollere Ausfuhr
von Seidenwaren umzugestalten. Japan wird uns
aus dem amerikanischen Markt, der für unsere Seiden-
industrie schon gewaltig an Wert einbüßt, immer
mehr herausdrängen.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Willst du ein christlicher Arbeiter sein, dann
zeige dich auch stets als solchen. Nicht der Name
beweist dein Christentum, sondern dein Handeln.
Christliches Gebot ist, daß du deinen Nächsten liebes,
deinen Stand achtest und ehrest. Du kannst
und mußt praktisches Christentum üben in der christ-
lichen Gewerkschaft. Dort arbeitest du für dein
Wohlergehen, für deine Familie, für deinen
Stand, für dein Vaterland. Wer die christliche
Arbeiterbewegung nach Prozenten berechnet, der ist
ein Egoist. Egoismus aber ist dem Christentum
zuzwider.

Sozialdemokratische \* Finsterei. Aus dem
Zentralbureau des christlich-sozialen Metallarbeiter-
verbandes wird uns geschrieben:

„Eine Differenz, die zwischen einigen Vorstands-
mitgliedern der Ortsgruppe Aachen 1 vom christlichen
Metallarbeiterverband und der Zentralleitung ent-
standen, hatte die Absetzung des Vorstandes und
Ausschluß des Vorsitzenden zur Folge. Dieser Vor-
gang wird von der sozialdemokratischen Presse in
längeren Artikeln in unwahrer, tendenziöser Weise
auszuschlagen versucht. Es wird u. a. der Vor-
wurf erhoben, als wäre die Ortsgruppe von der
Zentralleitung freizugelassen und ungerecht be-
handelt worden, und seien deshalb hunderte von
Mitgliedern aus dem Verbandsverbande ausgetreten usw.“

Demgegenüber hat der Verbandsvorsitzende Wieber
derselben Presse folgende Vertichtigung zugesandt:

1. Es ist unwar, daß hunderte von Mitgliedern
des Aachener Bezirkes, fast die ganze Zahlstelle
Aachen 1, aus dem christlichen Metallarbeiterverband
ausgeschieden sind; ebenso ist unwar, daß dieselben
ausgeschieden sein sollen, weil ihnen vom Verbands-
vorsitzenden Wieber verweigert worden sei, krank und
arbeitslose Mitglieder aus lokalen Mitteln zu unter-
stützen.

Wahr ist vielmehr, daß die Differenz mit der
Verwaltung der Ortsgruppe Aachen 1 mit dem
Unterstützungswesen nichts zu tun hat, dieselbe
vielmehr seit dem Zeitpunkt sich entwickelte, als der
Vorsitzende Herzogenrath nicht als besoldeter Be-
amter vom Verband freigestellt wurde. Ebenso ist
es wahr, daß die feierliche Leitung der Ortsgruppe
Aachen 1 die Beschlässe der Bezirkskonferenzen und
Anordnungen der Verbandsleitung fortgesetzt miß-
achtete und ignorierte, weshalb die Verbandsleitung
sich gezwungen sah, die Ortsverwaltung aufzulösen
und mit der Ortsgruppe Aachen 2 zu verschmelzen.

2. Es ist unwar, daß die Ortsgruppe überall
zurückgesetzt, oder daß Wieber als Diktator auf-
getreten, oder die Zahlstelle nach Willkür oder un-
gerecht behandelt habe.

Wahr ist vielmehr, daß sowohl Wieber wie der
Zentralvorstand jahrelang dem Vorstande der Zahl-
stelle Aachen 1 gegenüber die größte Rücksicht geübt
und sich alle Mühe gegeben haben, um die schweben-
den Differenzen auszugleichen, und erst als alle Mühe
vergeblich war, wurde der Vorstand der Ortsver-
waltung seines Amtes enthoben und der Vorsitzende
Herzogenrath, als Urheber der Differenzen, aus dem
Verbande ausgeschloffen.

3. Es ist unwar, daß die Zentralleitung zwei
Revisoren veranlaßt, eine Abrechnung nicht zu
unterschreiben; ebenso unwar ist es, daß sie sich
hinter einzelne Mitglieder versteckt habe.

Wahr ist vielmehr, daß zwei Revisoren der Zahl-
stelle 1 bei der Quartalsrevision über Agitations-
ausgaben Auskunft verlangten, welche ihnen vom
Seiter der Zahlstelle, Herzogenrath, verweigert
wurde, sie deshalb es ablehnten, die Abrechnung zu
unterschreiben und sich beschwerend an die
Zentrale wandten.

Wahr ist ferner, daß die erwähnten Revisoren
dieserhalb gegen alles Recht und das Statut von
Herzogenrath eigenmächtig abgesetzt und aus der
Ortsgruppe ausgeschloffen wurden. Wieber sah sich
deshalb gezwungen, einzugreifen, die Mitglieder
gegen die Diktatur-Willkür und Ungerechtigkeit zu
schützen und ihnen ihre Rechte zu wahren.

Ebenso ist es wahr, daß Herzogenrath Mitgliedern
die Auszahlung von Unterstüzungen verweigerte,
obwohl seitens der Zentrale eine Anweisung zur
Auszahlung vorlag.

4. Es ist unwar, daß in der Versammlung
fast kein Mann im Saale blieb als Vork, Wieber,
Wernerus und ein paar ihrer Freunde.

Wahr ist dagegen, daß am Schlusse derselben
Herzogenrath mit 10 bis 12 Mann absog und alle
andern im Saale verblieben.

Wahr ist ferner, daß bei dem Versuch, eine
lokale Gruppe zu bilden, nur 13 Mann sich um
Herzogenrath geichart haben, alle andern aber nach
wie vor dem Verbande angehören.

Wahr ist ferner, daß Herzogenrath erst durch
Polizei und Staatsanwalt zur Herausgabe der
Verbandsunterlagen und Kassenbestände gezwungen
werden mußte.

Aus gegnerischen Organisationen.

Wieder eine Illustration zur „Neutralität“
des „freien“ Textilarbeiterverbandes. Daß die
freien Gewerkschaften politisch nicht neutral sind,
sondern sich mit der Sozialdemokratie eins fühlen,
wagten selbst die Beamten dieser Gewerkschaften nicht
mehr zu leugnen. Sie bemerken sich denn auch, aus
den Mitgliedern der Gewerkschaften möglichst gute,
klassenbewußte Parteigenossen heranzubilden. Dies

geschieht besonders in Agitations- und Mitglieder-
versammlungen. Auch die verschiedenen Fackelorgane
leihen auf diesem Gebiete ihr möglichstes. Mancher
Gewerkschaftsbeamte und Redakteur sieht in der Er-
ziehung der Gewerkschaftsmitglieder zu wachsenden
Genossen seine Hauptaufgabe, die Wahrung der wirt-
schaftlichen Interessen dieser Arbeiter kommt erst
in zweiter Linie. Dieser Ansicht scheint auch die
Generalversammlung des sozialdemokratischen Textil-
arbeiterverbandes zu teilen. Auf der Generalver-
sammlung kam es nach einem Referat einer Arbeiterin
zu ersten Auseinandersetzungen. Und warum? In
Ermangelung eines Gewerkschaftsblattes für Frauen
wurde bis jetzt den im sozialdemokratischen Textil-
arbeiterverbande organisierten Arbeiterinnen „die
Gleichheit“, ein radikal sozialistisches Frauenblatt,
zugestellt. Die Generalkommission der sozialdemokra-
tischen Gewerkschaften beabsichtigte nun, ein eigenes
Organ für gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen
herauszugeben. Dies sollte also mehr ein Gewerkschafts-
blatt sein. Gegen diese Meinung wandte sich
nun die Mehrzahl der Delegierten der Textilarbeiter,
insbesondere die Zentralvorstandsmitglieder. Dieser
Verband, der die Mehrzahl der freigeorganierten Ar-
beiterinnen (46,500) zu seinen Mitgliedern zählt,
will für letztere kein ausgeprochenes Gewerkschafts-
blatt, und warum? Weil er seine Arbeiterinnen nicht
nur zu Gewerkschaftlerinnen, sondern auch zu Sozial-
istinnen erziehen will. Dies hat das Zentralvor-
standsmitglied Jüdel unverblümt ausgesprochen. Nach
dem Bericht in der „Mittelhauser Volkszeitung“ führte
derselbe wörtlich aus:

„Man hat sich darüber aufgeregt, daß wir für die
„Gleichheit“ agitieren. Man hat Frauen geraten, doch
nicht für die „Gleichheit“ zu schreiben. Wir wissen, daß
kein Frauenblatt an die „Gleichheit“ heranreicht; des-
halb behalten wir sie. Wir wollen die Frauen nicht zu
Küchengewerkschaftlerinnen, wir wollen sie zu Sozialistinnen
erziehen.“

Und der Gauleiter Reimes führte aus:

„Eine offizielle Frauenbeilage... könnte in ihrer
Konsequenz Absichten auf Verdrängung der „Gleichheit“
herbeiführen. Dagegen aber müssen wir ein für allemal
heute schon Stellung nehmen, ganz gleich, von welcher
Seite berartige Absichten geübt werden. Unsere Ar-
beiterinnen sollen nicht nur zu Gewerkschaftlerinnen,
sondern als Sozialistinnen erzogen werden. Als Gewerkschaftlerinnen
gehen sie uns meistens nach ihrer Berechti-
gung verloren, als Sozialistinnen aber
finden sie dann gerade das Betätigungsfeld,
auf dem sie als Ergießerinnen einer neuen
Generation für die Gesamtziele und die
großen Ideale der Partei und der Arbeiter-
bewegung wirken können.“

Der politische Zweck wird also dem gewerkschaft-
lichen höher geschätzt. Das muß man sich merken,
um den „freien Verbänden“ bei ihren Fackeleien
unter den Arbeiterinnen damit um die Ohren zu
schlagen. In Nr. 17 des „Textilarbeiters“, Organ
des roten Verbandes, wird der von uns zitierte
Artikel über die „Merikale Hochburg Aachen“ aus
der „Gleichheit“ abgedruckt. Die Redaktion schreibt
folgende Einleitung dazu:

„Die nachfolgende, aus der Feder unseres Kollegen
W. Reimes in Krefeld stammende kulturpolitische
Abhandlung über die Wirkungen der Klerikalen Ver-
bündungspolitik in der rheinischen Tuchmetropole
Aachen befindet sich in Nr. 7 der „Gleichheit“ und wird
uns mit der Bitte um Abdruck überandt. Wir
kommen dieser Bitte sehr gerne nach und zwar schon
deshalb, weil aller Voraussicht nach in Aachen wegen
der Einführung des Zweifelhilfsystems sehr ernste Differenzen
ausbrechen werden, weshalb es für unsere Leser wichtig
ist, zu erfahren, in welchen heillosen Verhältnissen
sich die dortige Arbeitererschaft befindet. Diese kultur-
politische Abhandlung über die Wirkungen der Klerikalen
Verbündungspolitik mag aber auch auf unsern Mit-
gliedern als heilsame Lehre dienen, dahingehend,
sich nicht erst in die Fänge des Klerikalismus zu
geben, sondern alle Kräfte überzubeherrschender Verbands-
macht in unerwünschter Weise auszuweichen, um jene be-
dauerlicherweise Opfer des Kapitalismus und den
Fängen des Klerikalismus, welche letzterer nur
der gewissenlose Zuträger des Kapitalismus
ist, zu entreißen.“

Unsere Kollegen und Kolleginnen werden diese
Ausführungen in die Mappe legen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Berliner Krankenkassenkongreß. Die
Reform der Arbeiterversicherungsgesetze. Am
11. und 12. Mai fand in den Germania-Sälen zu
Berlin ein Krankenkassenkongreß statt, der einen
außerordentlich starken Besuch aufwies. Vertreten
waren 764 Kassen mit 4 781 633 Mitglieder durch
1115 Delegierte. Die Kassen verteilten sich auf 566
Ortskrankenkassen, 25 Innungskrankenkassen, 96
Betriebskrankenkassen und 77 freie Hilfskassen. Ein
Drittel der Delegierten waren Arbeiter. So wir
in Deutschland insgesamt über 11 Millionen Ver-
sicherte in den Krankenkassen haben, kann der Kon-
greß zwar nicht als eine allgemeine Veranstaltung
angesehen werden. Den größten Prozentsatz der Ver-
treter bildeten die Ortskrankenkassen mit 4 156 000
Mitgliedern. An Mitgliedern überhaupt haben sämt-
liche Ortskrankenkassen Deutschlands 5 637 390. Am
schwächsten vertreten waren die Betriebskrankenkassen.
Die Regierung hatte eine Besichtigung des Kongresses
abgelehnt. Das war u. E. nicht klug. Eine Reihe
politischer Parteien hatten Vertreter entsandt.

Nach den zwei gehaltenen Referaten über die
Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung
und der Bedeutung der Selbstverwaltung der Kranken-
kassen und deren Gefährdung mit anschließendes
Diskussion wurden folgende Beschlüsse angenommen:

1. Organisation. 1. Wenn auch die Zusammen-
setzung aller Zweige der Versicherung nach wie vor
erstrebenswert ist, so ist doch vor allem eine organische
Verbindung der Versicherungszweige dringlich. 2. Zur
Durchführung der gesamten Versicherung sind allgemeine
Versicherungsanstalten für räumlich abgegrenzte Bezirke
zu errichten. Zur Erleichterung des Verkehrs sollen Zwangs-
verwaltungsstellen je nach Bedarf errichtet werden. 4.
Selbstverwaltung auf breiterer Grundlage.

Für den Fall, daß die Zusammenlegung der Arbeiter-
versicherung nicht zustande kommt: Zentralisation der
Krankenkassen; gemeinsame Ortskrankenkassen für
die Städte; Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden
unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit
sie sich nicht auf Gewährung ergänzender Krankenunter-
stützung beschränken.

II. Verwaltung. Die Arbeiterversicherung der Ver-
sicherten unter berechtigter Mitwirkung derjenigen, welche
zu den Lasten der Versicherung beitragen. Ausgehend
von diesem Grundsatz sind die Verwaltungsvorgänge
so zu organisieren, daß den Versicherten der maßgebende
Einfluß eingeräumt wird.

